

**EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH!
IN VENEZUELA WIRD SIE MÖGLICH GEMACHT.**

Mitte August entschieden sich fast 60 Prozent der Venezolanerinnen und Venezolaner in einem Referendum gegen das Ziel der Opposition einer Amtsenthebung von Staatspräsident Hugo Chávez. Bei den jüngsten Regional- und Gemeindewahlen Ende Oktober demonstrierte die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler erneut ihre Zustimmung zur Politik von Chávez und der Regierungsparteien. Die rechtsgerichtete Opposition verlor bis auf zwei Bundesstaaten ihre Macht in sämtlichen Provinzregierungen. Ein starkes Zeichen für eine Politik, die begann Venezuela zu verändern, weil sie mit der bis dahin bestehenden Ordnung brach. Auf diese Weise wurden die Weichen für ein anderes Venezuela gestellt.

In den vergangenen 40 Jahren waren in Venezuela die jetzigen Oppositionsparteien an der Macht. Das jahrzehnte lange Zusammenspiel von Regierungskoalitionen aus sozialdemokratischer und christlich-sozialer Partei, Arbeitgeberverband, gelber Gewerkschaften und Militär sowie der Unterstützung aus dem US-dominierten Ausland ermöglichte es der Hochfinanz und der Mittelschicht des Landes, sich unbegrenzt am gesellschaftlichen Eigentum zu bereichern. Auf diese Weise verwandelten die wirtschaftlichen und politischen Eliten Venezuela in eine der korruptesten und ungleichmäßigsten Gesellschaften der Welt. Dies führte dazu, dass im selben Land, das aufgrund seines Reichtums an Bodenschätzen der weltweit zweitgrößte Erdölexporteur ist, mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Armut lebte und ein Viertel der Menschen arbeitslos war. Mehr als 200.000 Kinder betteln gehen mussten, um zu überleben. Eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums auf die ärmeren Schichten lag nicht im Interesse der Mittel- und Oberschicht, denn sie befürchteten eine Schmälerung ihrer Profite. Widerstand gegen einen Präsidenten, der eine solche Umverteilung im politischen Programm hatte, verwundert daher nicht.

Eine der ersten Maßnahmen, die Chávez nach seiner Wahl anordnete, war die Reduktion des venezolanischen Erdölfördervolumens. Aufgrund der stetigen Öffnung des staatlichen Erdölsektors für privates Kapital in den letzten zehn Jahren war dieses immer weiter angestiegen. Die Gewinne flossen direkt in die privaten Taschen einiger Weniger. Chávez begann die Gewinne der Erdölproduktion für soziale Maßnahmen zu verwenden, die den untersten Schichten zu gute kamen. Eine Entwicklung, die nicht im Sinne der Mittel- und Oberschicht lag. Als Hugo Chávez 1999 sein Amt als Präsident antrat, war sein deklariertes Ziel die soziale Ungleichheit, die die traditionelle politische Klasse forciert hatte, zu bekämpfen. Dies

war der Beginn zahlreicher staatlicher Programme: eine Million Menschen lernten Lesen und Schreiben, zahlreiche Gesundheitszentren wurden in den ärmsten Stadtvierteln errichtet. Im Jahr 2000 trat eine neue Verfassung in Kraft, die erstmals die Sicherstellung einer gerechten Reichtumsverteilung sowie den Schutz öffentlicher Güter vor Privatisierung festschrieb. Auf diese Weise wurde Chávez zur Symbolfigur einer Politik, die zugunsten derer umverteilt, die bisher nicht vom Reichtum des Landes profitierten und dafür unter Druck des in- und ausländischen Kapitals geriet.

Bei seinem Amtsantritt sprach Hugo Chávez von einer „friedlichen und demokratischen Revolution“, vom „bolivarischen Prozess“. In Venezuela ist ohne Zweifel ein Prozess im Gange, der die Armut des Landes bekämpft und durch gezielte Maßnahmen von Reich zu Arm umverteilt. Gleichzeitig wurde das Bewusstsein für die herrschenden sozialen Gegensätze geschärft und somit auch die Möglichkeit für die tatsächliche Umwälzung der sozialen Verhältnisse geschaffen. Die Auseinandersetzung mit all diesen Entwicklungen beschränkt sich in der österreichischen Linken zumeist auf die Figur und Aussagen von Hugo Chávez. Es fehlt an einer umfassenden Analyse und linken Einschätzung der Entwicklungen in Venezuela, die ohne Zweifel für die fortschrittlichen Kräfte weltweit von großer Bedeutung sind.

Derzeit beginnen die Vorbereitungen für die nächsten Weltfestspiele der Jugend und StudentInnen. Diese finden kommendes Jahr im August in Caracas, der Hauptstadt Venezuelas statt. Auch in Österreich beginnen die Vorbereitungen für die Teilnahme. Die Weltfestspiele bieten nicht nur die Möglichkeit, die demokratische Umgestaltung Venezuelas kennen zu lernen und sich mit tausenden gleich gesinnten Jugendlichen aus aller Welt Erfahrungen auszutauschen. Sondern gleichzeitig wird ein Zeichen gegen Imperialismus und Ausbeutung gesetzt und die Solidarität mit den fortschrittlichen Kräften innerhalb Venezuelas demonstriert. Dafür wird es notwendig sein die gegenwärtigen Veränderungsprozesse in Venezuela zu begreifen und deren Bedeutung für den Kampf für eine andere Welt einzuschätzen.

*Sandra Stern
Präsidentin des österreichischen
Vorbereitungskomitees*